

## In dieser Ausgabe:

**3 „CDU und SPD jagen“**, das will Ruben Lehnert, Neuköllner Wahlkreiskandidat der LINKEN für den Bundestag

**4 Belagerungszustand beim NATO-Treffen**, ein Bericht aus Straßburg

**5 Wozu die Autobahn A100 verlängern?**

**8 Arbeitsplätze verteidigen.** Die Gewerkschaften mobilisieren für den europäischen Aktionstag am 16. Mai

## Start zu den Europawahlen

**B**ei den Wahlen zum Europäischen Parlament können Bürgerinnen und Bürger der marktradikalen Ausrichtung der Europäischen Union eine klare Absage erteilen und zugleich einer friedensstiftenden Rolle der EU in der Welt ihre Stimme geben. Es ist ein Votum für die großen Chancen der europäischen Integration. Damit würde es möglich, den überfälligen Kurswechsel einzuleiten – hin zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Europäischen Union, die als zivile und solidarische Kraft ihren Beitrag zur Neugestaltung der internationalen Beziehungen leistet. Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein friedliches, demokratisches, soziales, solidarisches und ökologisches Europa.

**Wahlkampfaufakt der Neuköllner Linken ist am 2. Mai um 10.00 Uhr im Zentrum am Richardplatz 16.**

## 80 Jahre Blutmai in Neukölln - eine Ausstellung der LINKEN



vermittelt  
Lehren aus  
einem  
tragischen  
Ereignis

Seite 6 und 7

# Nein zum Pflichtfach Religion

Wer in den Straßen Neuköllns die Großflächenplakate der Initiative „Pro Reli“ sieht, wird sich die Augen reiben und fragen, was ist am 26. April los? Tag der Freiheit? Worum geht es?

**P**ro Reli will eine freiheitliche und tolerante Regelung abschaffen, die sich in Berlin seit über 60 Jahren bewährt hat, nämlich Religions- oder Weltanschauungsunterricht auf freiwilliger Basis anzubieten. Dieser kann, muss aber nicht besucht werden. Das entspricht dem Grundgesetz und respektiert die Freiheit des Glaubens. Das ist eine gute Regelung, weil sie akzeptiert, dass Religion eine persönliche Angelegenheit ist.

Öffentliche Schulen sollen weder religiöse oder weltanschauliche Bekenntnisse abverlangen noch gegen sie auftreten, sondern für gegenseitige Toleranz werben. Die Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen ist in einer Stadt wie Berlin wichtig für ein friedliches und respektvolles Miteinander.

In Berlin leben Menschen aus über 100 Nationen zusammen. Mit jeweils eigener Herkunft, Kultur, Tradition und Weltanschauung. Junge Menschen brauchen Gelegenheit, um sich zu äußern, auszutauschen und Antworten auf ihre Fragen zu finden. Sie brauchen Offenheit, Akzeptanz und Begleitung, um einander in ihrer Verschiedenartigkeit kennen, tolerieren und respektieren zu lernen. Der gemeinsame Ethikunterricht bietet eine Möglichkeit dafür.

**DIE LINKE wirbt dafür, beim Volksentscheid am 26. April mit „Nein“ und damit für den Erhalt des gemeinsamen Ethikunterrichts zu stimmen.** Ausführliche Informationen im Innenteil „Berlin-Info“ dieser Ausgabe.

## DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln



Foto: KDH

# Volksentscheid Pro Reli – ein Angriff auf die Neuköllner Bevölkerung!

*Gastbeitrag von Jürgen Schulte, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Berlin-Neukölln*

**Die politische Heuchelei hat wieder Hochkonjunktur. Die gleichen Personen, die ständig die mangelnde Integration der Berliner Einwohner aus anderen Kulturkreisen beklagen, fordern eine Verschärfung der Trennung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher kultureller, religiöser und weltanschaulicher Prägung in der Berliner Schule.**

Es wirkt schon recht seltsam, wenn sich die Kritiker eines für alle Schüler verpflichtenden Ethikunterrichts hinter dem momentanen Bundestagspräsident Thierse einreihen, der diesen mit der Begründung ablehnt: „Unsere Verfassung verbietet, dass der Staat sich Werteb Vormundung anmaßt.“ Ein Blick in das Berliner Schulgesetz zeigt etwas anderes: Schule ist keine wertneutrale Einrichtung, sondern eine wertvermittelnde Einrichtung – und zwar fächerübergreifend.

Dabei ist unumstritten, dass in einem mitteleuropäischen Staat auch die gesellschaftlichen Werte stark geprägt hat. Aber es bleibt staatliche Aufgabe, unabhängig von den christlichen Kirchen und anderen religiösen und weltanschaulichen Organisationen Kinder und Jugendliche nach demokratischen Grundregeln zu erziehen und sie zu befähigen, „der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstel-

lung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten.“ (aus § 1 Berl. Schulgesetz)

Wenn die Forderung nach verstärkter Vermittlung unserer gesellschaftlichen Werte an die Schule gestellt wird, dann sollte diese sinnvoller Weise in einem von allen Schülern gemeinsam besuchten Unterricht stattfinden. Denn nur so ist es in einem Bezirk wie Neukölln möglich, dass Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen sich Orientierungswissen und die Fähigkeit zum grenzüberschreitenden Dialog aneignen. Das gemeinsame Arbeiten und Ler-

---

**Wer ein besseres Neukölln will, stimmt am 26. April mit Nein!**

---

nen steht im Vordergrund und muss nicht nur durch Unterrichtsinhalte, sondern auch über den gemeinsamen Unterricht umgesetzt werden. Die von der Kampagne Pro Reli geforderte Einführung des Wahlpflichtunterrichts, der die Wahl zwischen der Teilnahme an einem von den Kirchen getragenen Religionsunterricht und dem bekenntnisneutralen Fach Ethik vorsieht, würde diesen Beitrag der Schule zur Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft erheblich erschweren.

Die Kirchen erwecken in ihrer Kampagne Pro Reli den Anschein, als ob in Berlin das Fach Ethik den Religionsunterricht aus der Schule verdränge. Dies ist eine der vielen Unlauterkeiten, mit denen die Kampagne Pro Reli in ganz unchristlicher Weise um Stimmen buhlt. Durch die Einführung des Faches Ethik haben sich die

Bedingungen für den Religionsunterricht gegenüber früher um keinen Deut verändert. Niemand will das Angebot der Kirchen und anerkannten Glaubensgemeinschaften zur freiwilligen Teilnahme am jeweiligen Religionsunterricht in Frage stellen oder einschränken.

Der Kampagne Pro Reli geht es allein darum, den Einfluss der Kirchen in der Berliner Schule auszubauen. Nicht das Interesse an einer verbesserten Rolle der Schule als Integrationskraft, sondern pures Eigeninteresse ist der Beweggrund für die massive Öffentlichkeitskampagne.

In unserem Bezirk Neukölln würde der von Pro Reli gewünschte Wahlzwang zwischen Ethik und Religion bedeuten, dass die Kinder und Jugendlichen in getrennten Gruppen unterrichtet würden. Der dringend notwendige Dialog über die Werte, die unser Zusammenleben in unserer Stadt bestimmen sollten, wird zerrissen.

Das kann nicht im sozialkulturellen und bildungspolitischen Interesse unseres Bezirks liegen. Zur Bewältigung seiner Probleme benötigt Neukölln vieles. Eines benötigen wir aber mit Sicherheit nicht: Religiöse Eiferer – egal ob muslimisch oder christlich motiviert.

Vielmehr muss vermittelt werden, was die verschiedenen Religionen und Kulturen ausmachen, gegenüber denen Toleranz geübt werden soll. Deshalb ist der für alle Schüler verpflichtende Ethikunterricht kein Angriff auf die Kirchen, sondern eine zeitgemäße Antwort auf die Vielfalt unserer Gesellschaft, wie wir sie ausgeprägt in Neukölln vorfinden.

**Wer Ja zur Zukunft Neuköllns sagen will, muss am 26. April Nein auf dem Stimmzettel ankreuzen.**

## Jetzt in Neukölln linksaktiv werden

**Am 31. März fanden in ganz Deutschland mehr als 100 Aktionen unter dem Motto „Ein Schutzschirm für die Menschen“ statt.**

Auch Neukölln hat sich an dem Aktionstag beteiligt: Wir haben uns vor dem Krankenhaus Neukölln getroffen und mit der Belegschaft, die gerade Schichtwechsel hatte, das Gespräch gesucht. Viele zeigten daran Interesse und nahmen die Aktivierungsflyer mit. Ein Mann füllte ihn sogar direkt vor Ort aus. Er freute sich darauf, demnächst selbst bei solchen Aktionen mitzumachen.

**Moritz Wittler**



Bei der Aktion am 31. März wurden die Bezirkszeitung „Neu-Köllnisch“ und ein Flyer verteilt, in dem die Forderung nach einem „Schutzschirm für die Menschen“ erklärt wurde.

## Probleme mit Hartz IV?

**Ab April bietet DIE LINKE in Neukölln zwei Mal im Monat eine kostenlose Rechtsberatung für Hartz-IV-Betroffene an.**

Jeweils am 2. und 4. Donnerstag steht Rechtsanwalt Holger Lange von 17 bis 18 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) für Beratungsgespräche zu Verfügung.

*Nachfragen beantwortet:*

*Franziska Lorenz-Hoffmann*

*E-Mail: franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de,*

*Telefon: 030-53084626*



Foto: Frank Schwarz

Ruben Lehnert, Neuköllner Wahlkreiskandidat der LINKEN für den Bundestag:

# „CDU und SPD jagen“

Ruben Lehnert hat sich als Bundestagskandidat in Neukölln viel vorgenommen. „Neu-Köllnisch“ sprach mit ihm unmittelbar nach seiner Nominierung.

*DIE LINKE hat dich zum Direktkandidaten im Wahlkreis Berlin-Neukölln gewählt. Hast du überhaupt eine Chance gegen CDU und SPD?*

**Ruben Lehnert:** Der Wahlkampf hat erst begonnen. Mit der Unterstützung der Neuköllnerinnen und Neuköllner werden wir SPD und CDU jagen.

*Mit welchen Themen willst du das erreichen?*

**Ruben Lehnert:** Es geht um soziale Gerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass Manager, die Milliarden verzockt haben, fette Sonderzahlungen erhalten. Und eine Kassieren, die 15 Jahre tadellos gearbeitet hat, fristlos gefeuert wird, weil sie Pfandbons im Wert von 1,30 Euro eingelöst haben soll. Allen Menschen, die diese Verhältnisse ändern wollen, geben wir eine Stimme und ein Ziel.

*Was heißt das konkret?*

**Ruben Lehnert:** Für uns sind die Menschen und ihre Bedürfnisse wichtiger als die Profite der Konzerne. Nehmen wir zum Beispiel Hartz IV – das schlimmste Gesetz, das Kanzler Schröder (SPD) gemacht hat. Ein Gesetz, das nur den Bossen nutzt: Es demütigt die Erwerbslosen und verängstigt die Werk tätigen. Wir kämpfen dafür, dass der Regelsatz in einem ersten Schritt 500 Euro erhöht wird – ohne Schikane und Sanktionen für die Betroffenen.

*DIE LINKE hat den Slogan „Hartz IV ist Armut per Gesetz – weg damit!“ geprägt. Damit alleine gewinnt man aber keine Wahl.*

**Ruben Lehnert:** Wir treten dafür ein, dass sich die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung verbessern: Die Renten müssen um 4 Prozent steigen, um die Verluste der letzten Jahren zumindest abzufedern. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro muss her, damit Arbeit nicht arm macht. Und mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm wollen wir mindestens eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze dort schaffen, wo sie allen nutzen, in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Pflegeheimen.

*Das klingt alles sehr gut. Aber wer soll das bezahlen?*

**Ruben Lehnert:** In Deutschland gab es noch nie so viele Milliardäre wie heute – und selten zuvor so viele arme Menschen. Der vorhandene Reichtum ist ungerecht verteilt. Das

wollen wir ändern und bei denjenigen abkassieren, die bisher von Ausbeutung und Unterdrückung profitiert haben und kaum mehr wissen, wie sie ihren Reichtum verbrassen sollen. Wir wollen bei Millionenvermögen 5 Prozent abgreifen, eine Vermögenssteuer einführen, den Spitzensteuersatz anheben und die Erbschaftssteuer sozial gerecht reformieren. Insgesamt brächten unsere Steuervorschläge jährlich rund 160 Milliarden Euro zusätzlich.

*Das werden sich die Reichen nicht gefallen lassen.*

**Ruben Lehnert:** Wir müssen gesellschaftlichen Druck entfachen, der ihnen keine andere Wahl lässt. Die Macht der Besitzlosen beruht darauf, dass sie viele sind. Wenn sie sich verbünden, können sie siegen. Wir werden deshalb einen Wahlkampf führen, der die Neuköllnerinnen und Neuköllner einlädt, mit uns gemeinsam für ihre eigenen Interessen zu streiten.

Der 30-jährige Politikwissenschaftler Ruben Lehnert wurde am 19. März auf einer Mitgliederversammlung der Neuköllner LINKEN als Direktkandidat im Wahlkreis 083 – Berlin-Neukölln – zur Bundestagswahl 2009 aufgestellt. Seine Nominierung erfolgte mit 82 Prozent der abgegebenen Stimmen.

## Zur Person:

Ruben Lehnert, geb. am 26. September 1978, dipl. Politikwissenschaftler der Freien Universität Berlin und des Institut d'Etudes Politiques de Paris, zurzeit Redakteur der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Sonstiges: Vorsitzender des Fördererkreises demokratischer Volks- und Hochschulbildung e.V.; Mitgliedschaften in ver.di, Ev. Kirche, Linksjugend [solid], Sozialistische Linke, Rote Socken e.V., Association Gerhard Kirsch Verein e.V.



Foto: Bernard Schmid

Neuköllner LINKE beim Jubiläumsgipfel in Straßburg

# Belagerungszustand beim NATO-Treffen

**Der französische Präsident Sarkozy hatte als Gastgeber des NATO-Gipfels die politische Anweisung ausgegeben. „Ich will keine Demonstranten sehen, ich will keine Transparente sehen“. Was das bedeutete, berichtet Klaus-Dieter Heiser.**

Für die Zeit des NATO-Gipfels sollten Personenkontrollen an den Grenzen von der Teilnahme an den Demonstrationen abhalten, alle Anreisenden wurden unter einen Generalverdacht gestellt. Das konnten die Teilnehmer des Berliner „No-NATO-Bündnisses“ am Grenzübergang Rheinau erleben. Die vier Busse aus Berlin, zwei davon hatte der Landesvorstand der Berliner LINKEN organisiert, wurden auf einen Parkplatz dirigiert. Dann wurden die

Personalien aller Mitreisenden mit Dateien der Sicherheitsorgane überprüft. Wie absurd manche „Beanstandungen“ waren, zeigt der „Fall“ eines türkischen NATO-Gegners. Es genügte der Eintrag in einer Datei, in der ein ihm vor acht Jahren gestohlener Führerschein vermerkt war.

## Tränengas zur „Begrüßung“

Die Durchführung des Einsatzes der CRS, einer dem französischen Innenministerium unterstellten Truppe zur Unterdrückung von Unruhen, zeigt eine politische Leitlinie: Die Demonstranten dürfen nicht zusammenkommen, sie müssen zersplittert, eingeschüchert und müde gemacht werden. Davon waren auch die Berliner NATO-Gegner betroffen. Wegen Straßensperrungen endete die Fahrt im Norden der Stadt. Beim ersten Versuch, zu Fuß die Auftaktkundgebung zu erreichen, wurden bei Annäherung an eine Polizeisperre sofort Tränengasgranaten abgeschossen. Dieses Aufgebot gab es an jeder Straße, die weiter nach Straßburg hinein führte. Damit hatten wir einen Weg von acht Kilometern rund um die Innenstadt vor uns.

## Ein langer Weg, eine gute Erfahrung

Wir zogen auf einigermaßen belebten Straßen. Wir konnten zeigen und rufen, wofür wir stehen: Nein zur NATO – Nein zum Krieg! Non à OTAN – No à la guerre! Wir waren wohl an diesem Tag in Straßburg die einzige sichtbare politische Demonstration. Unser Zug wurde immer länger, vielleicht 600 Teilnehmer. Straßburger und Versprengte schlossen sich uns an. Immer wieder zeigten Anwohner und Autofahrer uns ihre Solidarität. Nachdem wir im Hafengebiet angekommen waren, wurde hinter uns von CRS-Einheiten mit Gittern abgeriegelt. Ein weiterer Zu- oder Ausgang war nicht möglich.

## Auftaktkundgebung wurde verhindert

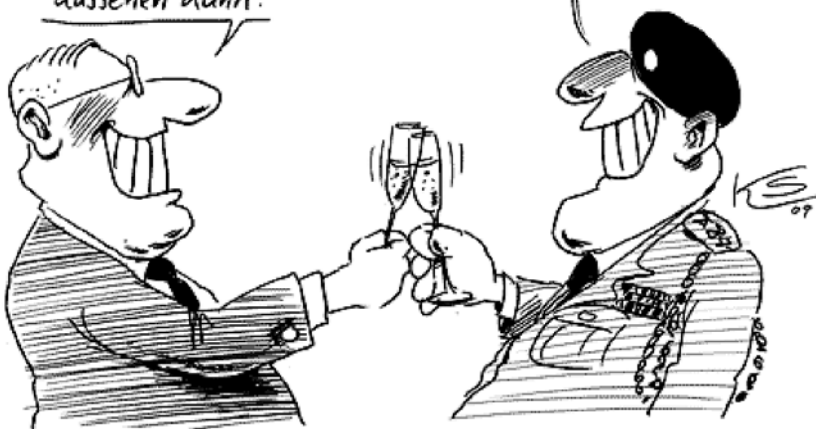
Die Auftaktkundgebung wurde mit polizeilicher Gewalt verhindert: Die Demonstranten, die sich in Kehl gesammelt hatten, konnten nicht über die Europabrücke, die abgeriegelt blieb. Begründung, die Feuerwehr müsse erst einen Brand in der Nähe der Auftaktkundgebung löschen. Der Brand in einem leerstehenden Hotel, diese Bilder wurden europaweit im Fernsehen verbreitet, wurde lange Zeit nicht gelöscht. Schließlich kam die deutsche Feuerwehr. Dieser Brand, unklar, von wem gelegt, diente als Vorwand, die zur Kundgebung versammelten mit Tränengasgranaten zu bombardieren. Die sich eilig formierende Demonstration war nicht nur groß, Schätzungen zwischen 15.000 und 20.000. Sie war bunt, international und laut. Und auch sie wurde wiederholt mit Tränengas und Gummigeschossen attackiert.

## Weitere Schikanen der Polizei

Nach dem Ende der der CRS-Angriffe, ging die Machtdemonstration der Staatsgewalt mit Schikanen weiter. Die Europabrücke blieb ebenso wie die Fußgängerbrücke gesperrt. Erst nach langen Verhandlungen, in die sich auch der Berliner Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele einschaltete, gelang es den Berliner Demonstrationsteilnehmern über den „temporär geöffneten Grenzübergang“ Europabrücke nach Kehl zu den dort wartenden Bussen zu kommen.

Beim G20-Gipfel wird beraten, wie die neue Finanz-Ordnung für die Welt aussehen kann.

Und beim NATO-Gipfel, wie sie dann durchgesetzt werden soll.



Hand in Hand ...

In London rückten die G-20 keinen Millimeter von der neoliberalen Agenda ab: Milliardenzusagen für die IWF und Weltbank, das Bekenntnis zur Freihandelslogik der WTO und zögerliche Regulierungskosmetik. In Straßburg verständigte sich die NATO über eine neue Strategie als global agierender Militärpakt. Konkret: Die USA verdoppeln ihre Truppenstärke in Afghanistan noch in diesem Sommer.

# Wozu die Autobahn A 100 verlängern?



Bei den Koalitionsverhandlungen 2006 konnte sich DIE LINKE in der Frage, ob die Autobahn A 100 von Neukölln in den Ostteil Berlin verlängert werden soll, mit ihrer kritischen Position nicht durchsetzen. Allerdings wurde eindeutig vereinbart, nur bis zum Treptower Park zu bauen. Dennoch hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung den Abschnitt bis zur Frankfurter Allee inzwischen im Bundesverkehrswegeplan verankern lassen und bewirbt auch diese Verlängerung in ihrer einmalig großen Werbekampagne, um den Bürgern die Vorzüge des Weiterbaus der Autobahn in den Ostteil Berlins schmackhaft zu machen.

Dabei sprechen alle Fakten gegen das Projekt: Begründet wird der Bau mit steigendem Autoverkehr. Allerdings hat Berlin in den vergangenen Jahren insgesamt weniger Autoverkehr als noch zu Beginn des Jahrtausends. Diesen Trend zu fördern wäre richtig. Was wächst, ist vor allem der LKW-Verkehr. Der wird durch die Verlängerung noch bequemer

und schneller in innerstädtische Gebiete gelotst.

SenStadt verspricht weniger Verkehr in Wohngebieten. Dies soll durch Bündelung des vorhandenen Verkehrs auf die „leistungsfähige Trasse“ geschehen. Bündelung setzt aber immer auch Zu- und Abwege voraus. Die versprochene Entlastung erfahren – wenn überhaupt – Stadtgebiete, die weit weg sind. So soll die größte Entlastung z.B. in der Leipziger Straße erreicht werden. Die andere Seite der Medaille sind die Belastungen an der Autobahntrasse und deren Umfeld. Trotz aller technischer Bemühungen zum Lärmschutz ist der Lärmteppich ca. 400 Meter breit. Alt-Treptow und der Treptower Park versinken im Lärm, auch wenn die gesetzlich zugelassenen Höchstgrenzen teilweise gerade so erreicht werden.

Doch am kritischsten sind die langfristigen Folgen für die Stadtstruktur. Im Sozialatlas nachzulesen reihen sich die problematischen und von sozialem Abstieg besonders betroffenen Wohnquartiere wie eine Perlenschnur entlang der Autobahn durch Friedenau und Neukölln. Die neue Schneise wird wie eine neue Mauer die zentrumsnahen von den entfernteren, dennoch innerstädtischen Stadtgebieten trennen. Damit verschärfen sich aber auch die problematischen Folgen der Stadtentwicklungsstrategie Innenstadt vor Außenstadt. Innen hui – außen pfui, soll das die Perspektive für Berlins Zukunft sein?

Gerade werden Millionen von Steuergeldern für den verbesserten Klimaschutz ausgegeben. Wärmedämmung, Verhinderung eines neuen



Gegenwärtig endet die Stadtautobahn mit einer scharfen Kurve an der Ausfahrt Grenzallee (Foto links). Der Verkehr in Richtung Treptow landet an der Sonnenallee im Dammweg. Der Dammweg ist eine schmale Wohnstraße mit Begrenzung auf Tempo 30. Der Rückstau von der Ampel an der Kieffholzstraße reicht oft bis zur Sonnenallee. Der Weg von der A 100 nach Treptow durch das Wohngebiet Köllnische Heide ist für Anwohner und Autofahrer unzumutbar, aber tägliche Praxis. Eine intelligente Lösung ist gefragt. Sie ist aber durch das Projekt „Verlängerung der A 100 bis in die Innenstadt“ blockiert. Eine umwelt- und anwohnerfreundliche Verbindung zwischen A 100 und der B 96a, der Straße Am Treptower Park/Köpenicker Landstraße, ist dringend notwendig. Sonst versinkt dieser Teil von Neukölln auch weiterhin Tag für Tag im Stau und Abgasnebel. Das bedeutet aber auch: Kein Weiterbau der A 100 wie von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geplant, mit Verlängerung bis zur Frankfurter Allee.

Fotos: KDH

Kohlekraftwerks, Umstellung von Heizungsanlagen – das alles sind richtige Schritte, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Berlin zu senken. Doch gerade beim Autoverkehr, dem größten Erzeuger klimaschädlicher Gase, wird nicht gespart, sondern richtig draufgelegt. Das ist zukunftsfeindlich.

Obwohl SenStadt für einen schnellen Weiterbau bis zur Frankfurter Allee plädiert, ist dieser nicht absehbar. Der Abschnitt bis zum Treptower Park wird mehr als 140.000 € pro Meter kosten und ist damit teurer als der Transrapid. Somit wird auf absehbare Zeit der gesamte Autobahnverkehr am Treptower Park enden und kann sich von dort nur in zwei Richtungen fortsetzen. Die eine Richtung geht über die Eisenbrücke nach Lichtenberg und trifft mit aller Härte den Rudolfskiez, die Stralauer und Rummelsburger Wohngebiete und Friedrichshain. Die andere Strecke geht über die Schlesische Straße direkt nach Kreuzberg. Das hat die dortige BVV auch erkannt und sich in einer parteiübergreifenden Resolution gegen die Autobahn und damit gegen die Abwälzung der Folgen einer veralteten Verkehrspolitik ausgesprochen.

Das kann übrigens auch jede Bürgerin und jeder Bürger tun mit einer Einwendung zum Planfeststellungsverfahren bis zum 26. April. Tipps und Hinweise gibt es unter [www.stop-a100.de/was-kann-ich-tun/einwendungen](http://www.stop-a100.de/was-kann-ich-tun/einwendungen), beim Bund für Umwelt und Naturschutz und bei der LINKEN im Abgeordnetenhaus.

**Jutta Matuschek ist verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus**



# 80 Jahre Blutmai 1929

*Ausstellung der Neuköllner LINKEN vom 30. April bis 31. Mai 2009*

**Die blutige Bilanz des 1. Mai 1929: 32 Tote – 198 Verletzte – 1228 Festnahmen – 32 Freiheitsstrafen – 10981 von der Polizei abgefeuerte Karabiner- und Pistolenschüsse.**

**R**und um den 1. Mai 1929 kommt es zu diesen grässlichen Ereignissen in Berlin. Es folgt der als „Schwarzer Freitag“ bekannte Börsencrash. Im Januar 1933 errichten die Nazis ihre Terrorherrschaft.

In wirtschaftlich angespannter Lage verbietet der Berliner Polizeipräsident Zörggibel (SPD) Demonstrationen zum 1. Mai 1929. In

Vorbereitung ist bereits das Verbot des kommunistischen „Roter Frontkämpfer Bund“ RFB, während die SA und NSADP hofiert werden. Die SPD regiert im Deutschen Reich als Teil einer konservativen Koalition. Bereits 1928 wird der Bau von Panzerkreuzern beschlossen, Schulspeisungen für die von wachsender Armut betroffenen Arbeiterkinder ausgesetzt. Die KPD und der RFB opponieren gegen diese Politik, die Arbeiterparteien sind tief gespalten.

Die Berliner Polizei setzt Zörggibels Demonstrationsverbot brutal durch. Berlin zählt zu den Hochburgen der KPD: mit 611.318 Stimmen hat sie 30 Prozent hinter sich. Doch unter den Toten des Blutmai 1929 sind parteilose Arbeiter und

sozialdemokratische Frauen. Die am 3. Mai um 12.00 Uhr einsetzende Polizeisonderaktion „zur Beendigung der Krawalle“ fordert 12 Tote. Die Spaltung der Arbeiterklasse ist nicht mehr aufzuhalten, die Nazis ergreifen 1933 die Macht.

Mit dieser Ausstellung trägt die Neuköllner LINKE zur Aufarbeitung der Geschichte bei. Neben der Dokumentation der Ereignisse gibt es ausführliche Hintergrundinformationen. Werner Gutsche (86), Träger der Neuköllner Ehrennadel, ist in Neukölln zur Zeit der Weimarer Republik aufgewachsen und bis heute ortskundiger Bürger. Er wird während der Ausstellungseröffnung und beim Stadtrundgang für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

## Europafest am Richardplatz

**Information, Musik und Diskussion wird es auf dem Fest zum Europatag 2009 in Neukölln geben.**

**M**it diesem Fest wollen die Initiatoren für die Teilnahme an der Wahl zum Europa-Parlament werben. Die Neuköllner LINKEN werden sich daran mit einem Informationsstand und mit Angeboten im Zentrum der LINKEN am Richardplatz beteiligen und über ihre europapolitischen Ziele informieren und diskutieren.

Ein buntes Bühnenprogramm mit der Gruppe Rockgewitter, Marta Vavrona mit tschechischen Volksliedern, dem Jazzorchester Neue Welt und der Steve Major Band sorgt für Unterhaltung. Spielchoach Francesca Dobinski lädt zu Kinder- und Straßenspielen ein.

Das Europafest beginnt am Sonnabend, dem 9. Mai, um 14.00 Uhr. Voraussichtlicher Abschluss wird gegen 22.00 Uhr sein.

## Galerie Olga Benario: Menschenrechte in Lateinamerika

**Mit einer Vortragsreihe und einer Fotoausstellung informiert die Galerie Olga Benario ab 24. April über die Arbeit der peace brigades international.**

**D**ie Fotoausstellung „25 Jahre Erfahrungen in gewaltfreier Konfliktbearbeitung“ - Praxis der peace brigades international (pbi) zeigt die Erfahrungen dieser Organisation. Die Ausstellung berichtet von den Freiwilligen-Einsätzen in Krisen- und Konfliktgebieten in Kolumbien, Mexiko und Guatemala. Durch den Ansatz der schützenden Begleitung bedrohter Personen und Gruppen, sowie durch ihre Bildungsarbeit leistet pbi einen wirksamen Beitrag zur Gewaltprävention und Friedenserhaltung.

Begleitend dazu finden in der Galerie jeden Donnerstag Veranstaltungen zum Schwerpunkt Lateinamerika statt. Zugesagt haben Referentinnen und Referenten aus verschiedenen Men-

schenrechtsorganisationen, die einen breiten Einblick in ihre Arbeit vermitteln. Neben Erfahrungsberichten wird ein Film Einblick in den Schutz der Menschenrechte in Kolumbien geben. Ebenso wird über Bildungsarbeit in Guatemala, auch mit ungewöhnlichen Methoden, informiert. Mit einer Fiesta Latina wird die Ausstellung am 9. Juli beendet.

Aus dem weit gespannten Veranstaltungsangebot: Bei der Vernissage am 23. April wird Heike Kammer durch die Ausstellung führen. „Bio“-Sprit: Menschenrechtsverletzungen statt Klimawunder wird das Thema einer Diskussionsveranstaltung mit Beispielen aus Kolumbien und Indonesien am 14. Mai sein. „Nur wer lesen kann, kann verbriefte Rechte einfordern“, ist das Resümee eines Reiseberichts über Schulen in Guatemala von Erika Kammer und Sera Renée Zentkins am 28. Mai.

*Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr in der Galerie Olga Benario, Richardstraße 104 in 12043 Berlin.*



Beim Polizeisondereinsatz, der in Neukölln am 3. Mai 1929 begann, trieben Polizisten die Demonstranten die Berliner Straße (heute Karl-Marx-Straße) vom Hermannplatz her entlang. Vor dem Polizeirevier Boddinplatz stand ein Panzerwagen bereit, der auch in die Auseinandersetzungen eingriff. An der Ecke Berliner Straße/Reuterstraße blockierten Arbeiter den Straßenbahnverkehr. Barrikaden wurden auch an der Hermannstraße errichtet.

Fotos: Archiv-Repros (3), Landesbildstelle Berlin (1).



**Ausstellungseröffnung**  
**Donnerstag, 30. April 2009,**  
**18 Uhr, Richardplatz 16,**  
 U7 Karl-Marx-Straße

Schalmeien Kapelle, Vortrag, Lesung,  
 Film, Tonaufnahmen.

Mit Werner Gutsche (86), Träger der  
 Neuköllner Ehrennadel. Er ist in Neu-  
 kölln zur Zeit der Weimarer Republik  
 aufgewachsen und bis heute ortskundiger  
 Bürger.

Für Essen und Trinken, bei schönem  
 Wetter draußen, ist gesorgt.

**Stadtteilfehrung**  
**Sonntag, 3. Mai 2009, 12 Uhr**  
**Treffpunkt: Boddinplatz**

U8 Boddinstraße, Bus 104, 167

Um 12.00 Uhr begann am 3. Mai 1929  
 am Polizeirevier Boddinplatz der Polizei-  
 sondereinsatz. 12 Tote waren zu be-  
 klagen. Werner Gutsche erklärt die  
 Zusammenhänge vor Ort.

Nach dem Rundgang Mittagessen und  
 Diskussion, Richardplatz 16.

**Ausstellungsdauer:**  
**30. April bis 31. Mai 2009,**  
**DIE LINKE, Richardplatz 16**

Öffnungszeiten:

werktags von 17 bis 19 Uhr

Gruppen und Schulklassen können sich  
 anmelden:

Telefon/Fax: 030/613 59 19

## Jahrgang 1949: Lebensgeschichten aus Ost und West

**Klischees über den „Ossi“ oder den „Wessi“ sind noch immer verbreitet. Dieses Buch will helfen, sie zu überwinden.**

Zu Wort kommen 16 Menschen, die eines gemeinsam haben. Sie gehören zum Jahrgang 1949, dem Jahr, in dem am 23. Mai mit Inkrafttreten des Grundgesetzes die BRD entstand und am 7. Oktober die DDR gegründet wurde. 40 Jahre später scheiterte der Staatssozialismus in der DDR und seither wächst zusammen, was sich 40 Jahre in völlig unterschiedlicher Richtung entwickelt hatte.

1949 ist das Geburtsjahr der Menschen, die in diesem Buch zu Wort kommen. Ihr Leben war

*Margitta Zellmer/Ursula Siemens: Jahrgang 1949 - Lebensgeschichten aus Ost und West. Projekte-Verlag Cornelius GmbH, Halle 2009, 300 Seiten, 19,80 Euro ISBN 978-3-86634-683-3*

zu großen Teilen noch von den schrecklichen Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkrieges geprägt, ebenso wie von der 40-jährigen Teilung Deutschlands und der Wiedervereinigung, die vor 20 Jahren begann und bis heute noch nicht abgeschlossen ist.

Mehr als 82 Millionen Menschen leben heute in der Bundesrepublik Deutschland. 16 von ihnen erzählen in diesem Buch aus ihrem Leben. Was hat sie geprägt? Welche Träume und Visionen hatten sie? Unter welchen Umständen haben sie diese verwirklicht oder auch nicht? Was hat sie auf ihrem Weg gefördert, was gehemmt? Was eint sie, was unterscheidet sie? Wie bewerten sie ihr Leben im Rückblick? Was erwarten sie von den kommenden Jahrzehnten – für sich, für ihre Familien, für die Gesellschaft?

Auf all diese Fragen gibt das Buch in spannenden Lebensberichten Antworten, die keine allgemeingültigen sein wollen. Es ist kein wis-

senschaftliches Buch, es ist kein repräsentativer Bevölkerungsquerschnitt, der hier zu Wort kommt. Es ist ein Buch, in dem sich Menschen äußern, die sich auf Zeitungsannoncen hingemeldet haben oder zufällig ausfindig gemacht wurden.

Die Biografien zeigen, wie vielschichtig das Leben in Ost und West tatsächlich war und ist. Die Menschen im Osten hat weit mehr bewegt als Stasi und Mauer, im Westen ging es um weit mehr als das Anhäufen von materiellem Reichtum oder das Hüten von Kindern und Haushalt. Insofern sind es ganz ungewöhnliche Lebensläufe ganz „gewöhnlicher“ Menschen, die bei der Leserschaft für so manchen Aha-Effekt sorgen werden.

Es ist das zweite gemeinsame Buch der Autorinnen. Schon 2006 widmeten sie sich mit „Späte Freundschaft. Ein Ost-West-Briefwechsel“ dem Thema unterschiedlicher Ost-West-Lebensläufe und Sichtweisen. **P.G.**

## Termine DIE LINKE Neukölln

**Bezirks-Mitgliederversammlung der Neuköllner LINKEN**

Freitag, 24. April 2009, 18.00 Uhr

Thema: Europawahlkampf

Rathaus Neukölln, Köln-Zimmer,

Karl-Marx-Straße 83 (U7 Rathaus Neukölln)

Bitte vormerken: Die Bezirks-Mitgliederversammlung zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms findet am Freitag, 29.5.2009 statt.

**Zweite Kommunalpolitische Tagung der Neuköllner LINKEN**

Sonnabend, 18. April 2009,

10.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Arbeitsgruppen: 1. Arbeit/Soziales/Gesundheit, 2. Bildung/Jugend/Kultur/Migration, 3. Stadtentwicklung/Grün/Verkehr  
Evangelische Brüdergemeinde, Kirchgasse 17, 12043 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße)**Bezirksvorstand**

Der Bezirksvorstand tagt jeden zweiten Donnerstag parteiöffentlich in den Räumen der Geschäftsstelle am Richardplatz 16.

Donnerstag, 16.4.2009, 19.00 Uhr

Donnerstag, 30.4.2009, 19.00 Uhr

Donnerstag, 14.5.2009, 19.00 Uhr

**WahlTeam Neukölln**

Dienstag, 21.4.2009, 19.00 Uhr

Dienstag, 5.5.2009, 19.00 Uhr

Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

**BO Hermannstraße**

Mittwoch, 22.4.2009, 19.00 Uhr

Thema: Umbau des Berliner Schulsystems  
Jonasstraße 29 (Salvador-Allende-Zentrum)**BO Reuterkietz**

Dienstag, 28.4.2009, 19.00 Uhr

Veranstaltung in den Räumen des Vereins iranischer Flüchtlinge e.V., Reuterstraße 52

**BO Rixdorf**

Donnerstag, 23.4.2009, 19.00 Uhr

Donnerstag, 7.5.2009, 19.00 Uhr

Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

**BO Süd**

Dienstag, 21.4.2009, 18.00 Uhr

Infostand (Treffpunkt Bat-Yam-Platz)

Dienstag, 28.4.2009, 19.00 Uhr

Thema: „Armutslohne, Niedriglohne, Mindestlohne“

Gemeinschaftshaus am Bat-Yam-Platz 1  
Clubraum II**BO Neuköllner Norden (BO.NN)**

Mittwoch, 15.4.2009, 19.00 Uhr

Thema: Bundestagswahlprogramm

Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

**BO Demokratische Linke**

Sonnabend, 18.4.2009, 10.00 Uhr

Infostand, Platz der Stadt Hof

## Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln

Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 9. April 2009

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 23. April 2009

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · 3 / 2009 - April



Foto: Jan Maas

Am 28. März gingen Zehntausende in Berlin und Frankfurt gegen Krise und Krieg auf die Straße.

## Arbeitsplätze verteidigen

**Die Gewerkschaften mobilisieren für einen europäischen Aktionstag am 16. Mai unter dem Motto: Die Krise bekämpfen - Verursacher müssen zahlen!**

In einem Flugblatt von Ver.di heißt es u.a.: „Entlassungen müssen erschwert werden. Die schleichende Arbeitszeitverlängerung auf durchschnittlich über 40 Stunden muss rückgängig gemacht werden. Das heißt, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht statt Arbeitsplatzabbau und Entlassungen. Die Wirtschaft muss demokratisch kontrolliert und Betriebe, die mit unseren Steuergeldern saniert werden, müssen in öffentliche Hand. Die Rechte der Be-

legschaften müssen gestärkt, ihr Einfluss erhöht werden. Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bereits privatisierte Bereiche müssen rekommunalisiert werden. Kurz und knapp heißt es: Wir brauchen ein Zukunftsmodell, in dem sich Wirtschaft und Gesellschaft an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen orientieren und nicht an den Interessen der Gewinnmaximierung einiger Weniger. Die Lösung dieser Aufgabe ist umso realistischer, je mehr Menschen sich daran beteiligen.“

Treffpunkte für den Beginn der Demonstration am 16. Mai ab 11.30 Uhr sind Breitscheidplatz und Hauptbahnhof. Die Hauptkundgebung findet um 14.00 Uhr an der Siegessäule statt.

## DIE LINKE. wirkt – wirke mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht: Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

**Nimm Kontakt zu uns auf:**

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,  
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71  
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:  
**DIE LINKE.Neukölln**, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030 613 59 19



### Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon: .....